

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.85 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 M.
Postcheckkonto Nr. 68 477. Postcheckkonto Nr. 68 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18808.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 6.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 68 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sinke gegen Lloyd George.

„Riesenschritte“.

Es war vor dem Kriege eine alte Übung der herrschenden Klassen Deutschlands, alle zwei Jahre mindestens einmal eine Menge Zahlen in der bürgerlichen Presse aufzumärkieren zu lassen, womit die riesigen Leistungen und die großen Fortschritte der Sozialreform in Deutschland bewiesen werden sollten. In der sozialdemokratischen Presse wurde dieses Verfahren stets als eine Art Spiegelfechterelei gekennzeichnet und gegen den Mißbrauch und die tendenziöse Anwendung dieser Zahlen opponiert. Die sozialistischen Sozialpolitiker konnten mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Leistungen der deutschen Sozialreform noch bei weitem nicht den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiter entsprachen, daß andre Länder in manchen Zweigen der Sozialpolitik Deutschlands längst und weit voraus sind, und daß besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege die Sozialpolitik Deutschlands fast zum Stillstand gekommen war. In der sozialistischen Presse ist dieser Zustand ständig beklagt und heftig kritisiert worden, wobei man die Renommée mit den angelegentlich großen sozialpolitischen Ergründungen ins rechte Licht stellte. Auch im Reichstag wurde diese wichtige Frage von den sozialdemokratischen Abgeordneten nie anders als scharf kritisch behandelt. Vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus lag auch wirklich nicht der geringste Grund vor, Lobreden auf die deutsche Sozialpolitik anzustimmen. Im Gegenteil. An der Hand der Unfallstatistik z. B. konnte nachgewiesen werden, wie mangelhaft gerade auf diesem wichtigen Gebiet die Sozialpolitik Deutschlands noch ist. Daß es in andern Ländern häufig noch schlechter steht als in Deutschland, lassen Sozialdemokraten als faule Ausrede nicht gelten.

Doch die abhängigen Sozialisten scheinen auch in dieser Hinsicht gründlich umgelernt zu haben. Darauf läßt wenigstens eine Notiz im Vorwärts schließen, in der die „sozialen Leistungen in Deutschland und Amerika“ miteinander verglichen werden. Ganz nach der bürgerlichen Art sind die scheinbar großen — im Einzelfall aber lächerlich geringen! — Summen der Reichsrente angegeben:

Von 1885 bis 1913 betragen die Auswendungen der Krankenversicherung über 5½ Milliarden Mark, gleichzeitig hatte die Unfallversicherung 2½ Milliarden aufgewendet. Von 1891 bis Ende 1913 sind bei der Invalidenversicherung mit den Sonderausgaben 2½ Milliarden Invalidenrenten anerkannt worden, die 1,8 Milliarden Mark erforderten. Insgesamt hat die Arbeiterversicherung seit ihrem Bestehen bis 1913 nahezu 11 Milliarden Mark ausgezahlt. Daneben wurden durch gesetzliche Vorschriften für einen Arbeiterschutz gesorgt, die Arbeitsdauer der Jungarbeiter geregelt, Nacht- und Sonntagsarbeitsverbote und dergleichen mehr eingeführt.

Früher wurde, wie gesagt, das Verfahren, durch demagogische Aufmachung solcher Zahlen die Güte der deutschen Sozialreform beweisen zu wollen, von sozialdemokratischer Seite mit Recht heftig bekämpft. Jetzt aber druckt der Vorwärts diese Angaben nicht nur zustimmend ab, sondern er verzweifelt sich auch noch zu folgender begeisteter Anerkennung:

Der Ausbau der deutschen Sozialversicherung hat seit ihrem Bestehen bis heute Riesenschritte gemacht.

Im Gegensatz dazu verweist das Blatt dann auf Amerika, um darzutun, wie schlecht es im Vergleich mit der deutschen Sozialreform dort noch bestellt ist.

Ganz in diesem Rahmen paßt ein Aufsatz, der vor kurzem in der abhängigen Presse zu finden war. Er handelte von den riesenhafte Munitionsverbrauch, insbesondere an den Großkampftagen, und ermahnte die deutschen Arbeiter, nicht zu erlahmen in der Herstellung von Granaten. Denn die „fürchtbaren Dauerkampfe“ gingen, „um Ehre und Freiheit, um eine glückliche Zukunft unseres deutschen Vaterlandes“. Ganz besonders richtete sich dieser Appell auch an die Frauen. Der Aufsatz schloß mit folgenden Worten:

Da das es kein Feiern geben in den Munitionswerkstätten, kein Arbeitstag darf leerstehen, kein Werkzeug, keine irgendwie schaffensfähige Hand darf ruhen. Hört auch ihr es, ihr Frauen, Mütter, Schwestern, Töchter aller Stände! — Erfüllt eure Pflicht und tretet in Scharen an, zu helfen! Für jede von euch findet sich in der Munitionswirtschaft eine eurer körperlichen Veranlagung entsprechende Tätigkeit. Ein Stoden in der Forderung von Munition aus der Heimat kann den Tod, Verwundung, Verhinderung, Gefangenschaft tausender unsrer Männer, Söhne, Brüder, Väter zur Folge haben. Wollt ihr die Witzschuld daran auf euch laden. Nimmermehr! Da

will keine deutsche Frau, kein deutsches Mädchen. Darum heran, ihr alle, die ihr noch zaudert und zurücksteht! Frisch ans Werk! Einsteig in die Munitionswirtschaft!

Staatssekretär v. Sinke gegen Lloyd George.

Am vierten Jahrestag des Eintritts Englands in den Krieg, am 4. August, veröffentlichte Lloyd George eine Botschaft an das englische Volk. Darin stellt er die Behauptung auf, vor sechs Monaten hätten die Herrscher Deutschlands abschließend die von den Alliierten vorgeschlagene gerechte und vernünftige Regelung der Weltverhältnisse abgelehnt; sie hätten die Masse der Mähigung abgeworfen, Rußland aufgeteilt und Rumänien verflammt. Staatssekretär v. Sinke führte demgegenüber zu einem Vertreter der Münchener Zeitung das folgende aus:

Die Behauptung ist vage und unbestimmt. Es ist den maßgebenden politischen und militärischen Stellen nichts bekannt über einen solchen vernünftigen Friedensvorschlag der Entente. Wäre es den Ententeschaatsmännern ernst um die Anbahnung eines Verständigungsfriedens gewesen, so hätten sie durch bevollmächtigte Persönlichkeiten zum Zweck von Besprechungen an Deutschland herantreten können. Dies wäre der Weg gewesen, die beiden Gegner in Fühlung zu bringen, der Weg, der zu einigermaßen auskömmlichen Besprechungen hätte führen können. Von einer Ablehnung vernünftiger Friedensvorschläge durch Deutschland kann keine Rede sein.

Indem er auf den Zeitpunkt Bezug nahm, auf den die Neufassung Lloyd Georges anspielt, wies der Staatssekretär darauf hin, daß gerade in dieser Zeit die Staatsmänner der Entente die Welt über ihre wahren Absichten nicht im mindesten im unklaren gelassen haben.

„Wie lagen die Verhältnisse damals? — Ende Dezember 1917 haben die Mittelmächte die Entente aufgefordert, an den Kreml-Litowsker Friedensverhandlungen zum Zweck des allgemeinen Verständigungsfriedens teilzunehmen. Die Entente aber hat die Frist für die Teilnahme an den Verhandlungen verstreichen lassen.“

Stets darauf, am 5. Januar, hielt Lloyd George eine Rede vor den englischen Gewerkschaftsführern, worin er behauptete, die Politik der Mittelmächte ließe angeblich Zugeständnisse an die Bedingungen der Entente vermessen. Dafür stelle er im einzelnen anexionistische und imperialistische Kriegsziele auf, die selbst in England gewissen Kreisen, zumal den Arbeitern, zu weit gingen. In derselben Rede fanden sich unverkennbare Anspielungen für das später ausgebaute Programm eines Wirtschaftskrieges.

Am 8. Januar erließ Präsident Wilson seine Botschaft mit den bekannten vierzehn Punkten.

Am 24. Januar sprach der Kanzler im Hauptauschuss und erklärte, die Reden Wilsons und Lloyd Georges enthielten gewisse Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und welche die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo jedoch konkrete Fragen zur Sprache kämen, sei, so führte der Kanzler aus, ein Friedenswille weniger bemerkbar.

Zu demselben Zeitpunkt entwickelte Graf Czernin im Reichsrat seine Ansichten über die Abwicklung.

Am 5. Februar wurden die Beschlüsse der Verbandskonferenz von Versailles bekannt. Danach erklärte der Oberste Kriegsrat, an dem die leitenden Staatsmänner der Entente teilnahmen, es sei unmöglich gewesen, in den Reden der gegnerischen Staatsmänner irgend etwas zu finden, was sich den Bedingungen der alliierten Regierungen genähert hätte. Deshalb müsse der Krieg mit der äußersten Energie, im engeren und wirksamsten Zusammenarbeiten der Alliierten auf militärischem Gebiet geführt werden.

Am 12. Februar erließ Präsident Wilson eine Botschaft, in der er seine vier allgemeinen Punkte als Grundlage für einen dauerhaften Frieden darlegte.

Am gleichen Tage erklärte Lloyd George im Unterhaus, die englische Regierung könne von ihren Kriegszielen, die sie aufgestellt habe, nicht abgehen.

Am 25. Februar sprach der Reichskanzler. Er erklärte sich für die Annahme der vier Punkte Wilsons, die aber nicht nur von dem Präsidenten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern anerkannt werden müßten. Dies sei aber noch nicht der Fall, wie die imperialistischen Kriegsziele Englands bewiesen.

In einer weiteren Rede am 18. März führte der Reichskanzler aus, bei den feindlichen Staaten zeige sich noch immer der Wille, den Krieg bis zu unserer Vernichtung fortzusetzen.

Der Staatssekretär schloß seine Mitteilungen, indem er mit besonderem Nachdruck sagte:

„Nicht bei uns, sondern bei den Staatsmännern der Entente, die von der Anbahnung einer Verständigung nichts wissen wollen, liegt die Schuld an der Fortsetzung des Krieges.“

Die Andeutungen Lloyd Georges sind allerdings zu unbestimmt, als daß man aus ihnen bestimmte Fragen an die Regierungen der Mittelmächte formulieren könnte. Herr v. Sinke erklärt kategorisch, daß den amtlichen Stellen von „einem solchen vernünftigen“ Friedensanerbieten der Entente nichts bekannt sei. Daß sich dieses Dementi nur auf offizielle Anerbieten beziehen soll, oder auch auf inoffizielle, geht aus der Fassung seiner Erklärung nicht zweifellos hervor. Vielleicht wird Herr Lloyd George jetzt deutlicher?

Der Schweizer Generalstreik vermieden.

Aus der Schweiz wird uns zu der schon kurz verzeichneten Meldung über eine Einigung zwischen Arbeiterschaft und Bundesrat geschrieben:

Kein Generalstreik! Der Verlauf der Unterhandlungen des Oitener Aktionskomitee (das in einer Konferenz in Olten von Partei- und Gewerkschaftsvertretern gewählte Komitee) mit dem Bundesrat dürfte eine vollständige Entspannung herbeigeführt haben, meldet die schweizerische Depeschagentur und mit einem tiefen Aufatmen bringt das die bürgerliche Presse ihren Lesern zur Kenntnis.

Ob die Entspannung wirklich eine vollständige ist, möchten wir vorläufig noch bezweifeln, wenn es auch richtig ist, daß der Bundesrat gerade weit genug entgegengekommen ist, den Generalstreik zu verhindern.

Skizzieren wir kurz den Verlauf der Aktion.

Nach einer eingehenden Beratung übermittelte das Oitener Aktionskomitee dem Bundesrat die Forderungen der Arbeiterschaft, die sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur waren. Außer einigen sehr unsicheren Versprechungen enthielt die Antwort des Bundesrates nichts, als die in mehr oder weniger höfliche Worte gekleidete Ablehnung der Forderungen. Der in Basel tagende Arbeiterkongress, über den wir bereits berichteten, der zu neun Zehnteln aus Arbeitern bestand, beschloß mit 277 gegen 4 Stimmen, das Aktionskomitee zu beauftragen, nochmals mit dem Bundesrat zu unterhandeln, und wenn dieser kein genügendes Entgegenkommen zeige, den Generalstreik zu proklamieren.

Die mündlichen Unterhandlungen führten zunächst noch zu keinem befriedigenden Ergebnis, wenn von Seiten des Bundesrates auch in wirtschaftlicher Beziehung und in der Frage der Zurückweisung der Deserteure und Refraktäre bedeutende Zugeständnisse gemacht wurden. Die zweite schriftliche Antwort des Bundesrates ging in verschiedenen Punkten etwas weiter, lehnte aber auch die geforderte Verlängerung der Arbeitszeit ab und bekräftigte das Eisenbahnpersonal nicht. Nachmalige Unterhandlungen brachten für letztere weitere Zugeständnisse, so daß das Aktionskomitee sowie der Gewerkschaftsausschuss und die Geschäftsleitung der Partei fanden, wegen der noch freitigen Punkte rechtfertigte es sich nicht, in den Generalstreik zu treten. Die meisten der wirtschaftlichen Zugeständnisse, wie wirksamere Nationalisierung, Konfiskationierung des Handels, Schaffung eines Ernährungsamtes mit einem mit Mitbestimmungsrecht ausgestatteten Beirat, in welchem die Arbeiterschaft ihrer Stärke und Bedeutung entsprechend vertreten sein muß, können natürlich nicht eine plötzliche, sondern nur eine allmähliche Besserung der Verhältnisse bewirken. Dabei bleibt noch abzuwarten, mit welchem Ernst an die Lösung dieser Aufgaben herangetreten wird. Indessen bleiben die zur Vorbereitung und Durchführung des Generalstreiks gewählten Komitees bestehen, und wenn der Bundesrat dem von anderer Seite auf ihn ausgeübten Druck nachgeben und die gemachten Versprechungen nicht erfüllen sollte, würde er kaum durch Unterhandlungen, sondern auf andre Weise an dieselben erinnert werden.

Die Frage der Zurückweisung der fremden Deserteure wird die Bundesversammlung zu Olten haben. Gegen diese beispiellose Verletzung des Asylrechts hat sich aber selbst in bürgerlichen Kreisen eine solche Opposition erhoben, daß an der Aufhebung dieser Maßnahme nicht zu zweifeln ist.

Interessant war das Verhalten der bürgerlichen Presse während der kritischen Zeit. Natürlich fehlte es in ihr nicht an scharfmacherischen Stimmen, doch war alles Gepolter und Rufen nach dem starken Bundesrat nicht in stande, die Angst zu verbergen, von der das Bürgertum befallen war. Ein Teil der bürgerlichen Presse kritisierte es mit Recht, daß der Bundesrat es erst zur Einführung und Vorbereitung des Generalstreiks hatte kommen lassen und nicht